

Bericht

X
162

windlichen Schwierigkeiten verbunden wäre. Die Schaffung einer Genossenschaft hat lediglich den Zweck, uns eine gewisse Rechtsfähigkeit zu verleihen.

Abgeordneter Dr. Stephan v. Licht, der hierauf zum Worte gelangt, führt aus:

Ich muß mich fragen, welchen Zweck man mit der zu gründenden Geschäftsstelle verfolgt, weil ich entnommen habe, daß sie zwei Funktionen haben soll, Vermittlung von Kredit und eine Art Geldausgleichsstelle, und zwar eine Ausgleichsstelle zwischen den Städten, die Überschuß haben, mit jenen, die Bedarf haben. Die erste Kategorie dürfte man jetzt und später wohl mit der Laterne suchen und nicht finden. Es gibt nur Bedarf.

Vergessen Sie nicht, daß die Frage des Geldbedarfes der deutschen Städte während des Krieges der Anlaß war, daß überhaupt der Städtetag in der gegenwärtigen Form zustande gekommen ist. Eine Geldausgleichsstelle ist also auf längere Zeit nicht zu erwarten. Geldeinlagen anzunehmen wird nicht gewünscht, sie wären auch nicht zu erzielen. Von der Stadt Wien nicht, weil wir hier die gewohnten Banken und die städtische Sparkassa haben, die in unmittelbarer Geschäftsverbindung mit der Gemeinde steht, die auch die Garantie für ihre Geschäftsführung übernommen hat. Hier liegt also kein Bedürfnis vor, an anderen Stellen Geldanlagen zu suchen. Wenn eine Genossenschaft mit Funktionen sachlicher Art gebildet werden soll, so müßte sie für die Geschäftsvermittlung eine Konzession erhalten, dies schreibt die Gewerbeordnung und auch das Genossenschaftsgesetz vor. Ich bin übrigens überzeugt, wir würden die Konzession bekommen und auch die Zustimmung der staatlichen Stellen erhalten. Der ganze Zweck dieser Bildung einer Genossenschaft nach dem Wunsche des Herrn Referenten wäre einfach der, eine juristische Person zu schaffen. Gegenwärtig sind wir in einem Übergangszustand. Das Vereinsgesetz ist noch nicht verabschiedet worden, es wird darin vielleicht auch für solche Fälle eine Form gefunden werden, die wir im Auge haben, so daß wir, wenn wir mit dem Reichsgericht in Berührung kommen, die Anerkennung als juristische Person finden. Es ist einfacher und wir sind weniger gebunden, wenn wir in der anfänglichen Organisation bleiben. Es scheint mir nicht notwendig, mehr zu tun, als eine Abteilung des Städtetages zu bilden, welche sich mit der Kreditvermittlung befaßt. Zunächst wird dies allerdings eine mehr platonische Tätigkeit sein, gegenwärtig ist keine Möglichkeit, etwas anderes zu tun, als den Städten, welche Kredit suchen, zu sagen, wo sie ihn holen könnten. Mir ist nur eine einzige Stelle von Großbanken bekannt, wo wir Zutritt finden könnten, die Zentralbank deutscher Sparkassen. Die Pensionsanstalt hat nicht einen Heller zur Verfügung, weil sie ihre ganzen Gelder in Kriegsanleihe angelegt hat, wodurch sie eine sichere Geldanlage geschaffen hat. Sie hat 120 Millionen gezeichnet, die auf zwei bis drei Jahre vollständig festgelegt sind. Von den Genossenschaften ist auch nichts zu holen. Von den Großbanken vielleicht vermöge ihres Sitzes am Ort des Städtetages in Wien, wo ein erleichterter Verkehr möglich ist. Hier wird vielleicht die eine oder andere Stadt, die das Bedürfnis hat, bei den Großbanken Kredit finden, wenn sie ihn draußen nicht erhält. Allzu viele Funktionen darf man sich für den Anfang von einer solchen Abteilung nicht vorstellen. Die Lage des Städtekredits wird nicht nur während des Krieges, sondern auch nach dem Kriege

überaus bedenklich sein. Der Staat wird den ganzen Geldmarkt in Anspruch nehmen, dann werden die Länder erscheinen. Ich kenne ja die Verhältnisse in meinem Heimatlande Mähren. Herr Kollege Farolim wird bestätigen, daß man dort schon während des Krieges genötigt war, die Abgaben zu erhöhen und daß man nach dem Kriege angesichts der unendlich wachsenden Lasten nicht wissen wird, wie Ordnung zu machen ist. Die Verhältnisse sind höchst unerfreulich. Dazu kommen dann auch noch andere autonome Körperschaften. Wir sehen also für die Städte sehr schwierige Verhältnisse voraus. Die Banken sind für den Staatskredit in Anspruch genommen, dann ist der Emissionsdienst, die Pfandbriefe, für die heute Käufer eher zu finden sind als für staatliche Anleihen.

Es besteht tatsächlich das Bedürfnis nach einer Zentralisation des deutschen provinziellen Kredites, um den Emissionskredit auszunützen. Ich sehe den Zweck der zu bildenden Abteilung in der Korrespondenz und Vermittlung des Verkehrs mit Kredit gewährenden Stellen, vor allem aber in der Vorbereitung von Maßnahmen, welche geeignet sind, den Städten, bis normale Verhältnisse eintreten, durch Inanspruchnahme des Staates und anderer Zentral-Organisationen den Weg zu einer organisierten gemeinsamen Kreditbeschaffung in einfacher und billigster Form zu öffnen. Dann wird man auch für eine solche einheitliche Stelle mit juristischer Persönlichkeit und materieller Kraft den Anschluß an die Österr.-ungar. Bank finden müssen. Wir werden viel von Ungarn lernen müssen, wo derartige Institutionen zum Teil schon gesetzlich genehmigt sind, zum Teil aber jetzt vorbereitet werden.

Ich brauche nur an die Landes-Zentralstelle der Genossenschaften zu erinnern. Und etwas ist dort noch, was wir in Österreich nicht haben: Man nützt den Kredit der Österreichisch-ungarischen Bank in ganz anderem Maße aus und partizipiert mehr an den Erträgen der Österreichisch-ungarischen Bank als wir in Österreich. Diese Anomalien zu übersehen, für den städtischen Kredit Vorsorge zu treffen, wird die Aufgabe einer solchen Stelle sein. Nachdem es sich in diesem Falle nicht um eine Funktion handelt, welche besondere Kollisionsmöglichkeiten bietet, so würde ich tatsächlich der Meinung des Herrn Korreferenten zustimmen, daß man es sich vorläufig mit der Bildung einer Abteilung, wie im deutschen Städtetag genügen läßt.

Hierauf ergreift Bürgermeister Bornemann zu nachstehenden Ausführungen das Wort:

Ich bin derselben Meinung, die der Herr Korreferent zum Ausdruck gebracht hat. Es ist jedenfalls schon vor dem Kriege für die Städte ungemein schwer gewesen, Geld zu beschaffen und es wird nach dem Kriege noch schwerer werden; ich glaube, daß wir heute noch kaum daran denken können — das ist wohl auch gar nicht in Aussicht genommen — daß wir den Kredit der Städte gemeinsam von einer Stelle beschaffen sollten. Wenn wir uns heute schon gewissermaßen an eine Bank anlehnen wollten, so würde es dann umso schwieriger sein, Geld für die Städte zu beschaffen, denn die anderen Banken würden dann den Städten gegenüber einen sehr ablehnenden Standpunkt einnehmen. Ich glaube auch, daß es heute absolut nicht viel Zweck hat, wenn wir eine Stelle errichten, nachdem wohl keine Stadt über besondere Geldmittel verfügt, die sie einer anderen Stadt zur Verfügung stellen könnte. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß wenn eine Stadt Geld zur Verfügung stellt und vereinbart